

Die USA und Israel schließen sich zusammen, um die Untersuchung von Kriegsverbrechen zu verhindern

Maureen Clare Murphy, electronicintifada.net, 14.04.20

Die Drohungen des US-Außenministers im letzten Monat, zwei Mitarbeiter der Chefanklägerin des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) und deren Familien mit Sanktionen zu belegen, könnte der Auftakt eines neuen US-israelischen Kampfes gegen die Justizbehörde in Den Haag gewesen sein.

Es ist zu erwarten, dass Israels Transfer seiner Zivilbevölkerung in die Siedlungen im Westjordanland im Mittelpunkt aller formalen Untersuchungen stehen wird, die der IStGH möglicherweise einleiten wird

Beide Staaten sehen sich derzeit dem peinlichen Spektakel von Untersuchungen wegen Kriegsverbrechen durch das Gericht ausgesetzt - eine beispiellose Infragestellung ihrer Straflosigkeit. Ihre Reaktion zielt darauf ab, das Gericht zu entmachten, indem sie es daran hindern, seine Zuständigkeit in Ländern auszuüben, die nicht Vertragsstaaten des Römischen Statuts sind, dem Vertrag, auf dem das Gericht gegründet wurde.

Sollten die USA und Israel Erfolg haben, wäre dies ein schwerer Schlag gegen das unabhängige Mandat und den Zweck des Gerichts als letzte Instanz für die Opfer schlimmster Menschenrechtsverletzer der Welt.

Ihr Fall beruht hauptsächlich auf der unumstrittenen Tatsache, dass der Internationale Strafgerichtshof keine universelle Gerichtsbarkeit hat, das bedeutet, dass niemand vor den IStGH gebracht werden kann, insbesondere die Nichtvertragsparteien des Römischen Statuts.

Die USA und Israel gehören nicht zu den 123 Mitgliedern des IStGH, aber das Römische Statut erlaubt die Strafverfolgung von Staaten für mutmaßliche Verbrechen, die in Gebieten begangen wurden, in denen das Gericht zuständig ist.

Die Chefanklägerin des IStGH hat Untersuchungen wegen Kriegsverbrechen in Afghanistan empfohlen, die möglicherweise zur Anklage von US-Funktionären führen könnten - Afghanistan trat 2003 dem Römischen Statut bei.

Im Januar 2015 trat der Staat Palästina dem Römischen Statut bei und erkennt damit die Zuständigkeit des Gerichts für mutmaßliche Verbrechen an, die im Westjordanland und im Gazastreifen begangen wurden. Doch der Staat Palästina kann keine Souveränität in diesen Gebieten ausüben, die seit dem Krieg von 1967 von Israel militärisch besetzt sind. Israel lehnt die Gerichtszuständigkeit im Westjordanland und im Gazastreifen vehement ab.

Anfechtung der Gerichtsbarkeit

Palästinenser, die mit dem Strafgerichtshof und Menschenrechtsgruppen zusammenarbeiten, sagen, dass der Status des Staates Palästina als Vertragspartei des Römischen Statuts den Staat Palästina ganz klar für die Gerichtsbarkeit im Westjordanland und im Gazastreifen macht.

Doch wegen der, wie sie es nennt, „einzigartigen und stark umstrittenen rechtlichen und faktischen Fragen, die damit verbunden sind, nämlich dem Territorium, innerhalb dessen die Untersuchung durchgeführt werden kann“, hat Fatou Bensouda, die Chefanklägerin des IStGH, den territorialen Zuständigkeitsbereich des Gerichts zur Diskussion gestellt. Sie beantragte, dass ein Richterremium vor der Verhandlung als Voraussetzung für eine formale Untersuchung über diese Frage entscheiden solle.

Der Anwendung der Gerichtsbarkeit auf nichtstaatliche Parteien wurde von der einzigen Supermacht der Welt, den USA, abgelehnt, als über das Römische Statut vor seiner Verabschiedung im Jahr 1998 verhandelt wurde. Israel stimmte gegen das Römische Statut, weil dies den Transfer von Bevölkerungsgruppen in besetzte Gebiete auf die Liste der „abscheulichsten und schwerwiegendsten Kriegsverbrechen“ gesetzt hatte.

Es ist zu erwarten, dass Israels Transfer seiner Zivilbevölkerung in die Siedlungen im Westjordanland im Mittelpunkt aller formalen Untersuchungen stehen wird, die der IStGH möglicherweise einleiten wird.

Die israelische Menschenrechtsgruppe B'Tselem weist darauf hin, dass „international sehr wenig (wenn überhaupt etwas) getan wurde, um Israel zu einer Änderung seiner Politik zu zwingen. Anstattdessen genießt Israel großzügige finanzielle Vorteile und internationale Legitimität.

Bevor die Coronavirus-Pandemie, *Business-as-usual* verhindert hat, war US-Senator Ted Cruz damit beschäftigt, „sich um Unterstützung für eine Resolution zu bemühen, die den UN-Sicherheitsrat auffordern würde, den IStGH daran zu hindern, Anklage gegen Personen aus Staaten zu erheben, die nicht Vertragsparteien des Vertrags sind“, wie *The Daily Beast* im März berichtete. „Die Resolution würde auch das Gericht verurteilen, wenn es gegen amerikanische Soldaten und israelische Vertreter ermittelt“, fügte die Publikation hinzu.

Berichten zufolge stellte Cruz seine Strategie bei einem privaten Treffen auf dem Capitol Hill bei der israelischen Lobbygruppe AIPAC vor und sagte, er erwarte, dass Russland und China, die ebenfalls nicht Vertragsparteien des Römischen Statuts sind, die vorgeschlagene Resolution zu unterstützen.

Israel mobilisiert Verbündete

Israelische Medien berichteten, dass eine Delegation Anfang März in die USA reiste, um sich mit Regierungsvertretern zu treffen und eine gemeinsame Strategie gegen den IStGH auszuarbeiten.

Das Team wurde Berichten zufolge vom israelischen Energieminister und Kabinettsmitglied Yuval Steinitz angeführt, der mit der Leitung der Regierungskampagne zur Verhinderung einer Untersuchung des Internationalen Strafgerichtshofs beauftragt war.

Steinitz hatte Bensoudas Ergebnisse der Voruntersuchung zuvor als „eine Art Blutrache“ bezeichnet.

Israel bemüht sich in den USA um parteiübergreifende Unterstützung gegen den IStGH, und Berichten zufolge traf seine Delegation mit Abgeordneten der Demokraten, sowie mit Vertretern des Weißen Hauses und des Außenministeriums zusammen. Es hat seine Verbündeten bereits anderweitig mobilisiert, um gegen die Gerichtsbarkeit im Westjordanland und im Gazastreifen zu protestieren, und Australien, Brasilien, Ungarn, Österreich, Deutschland und die Tschechische Republik und Uganda haben beim Gericht interveniert, um Israels Position zu unterstützen.

Auch Kanada schloss sich der Sache Israels an und schickte einen Brief an den IStGH, in dem es bekräftigte, dass es keinen palästinensischen Staat anerkenne. Der Brief erinnerte das Gericht auch an die finanziellen Mittel, die es aus Kanada erhält, was laut Amnesty International „eine Drohung zu sein scheint, die finanzielle Unterstützung zu streichen“.

Der Internationale Strafgerichtshof ist eine der wenigen Möglichkeiten, die den Palästinensern offen stehen, um international Abhilfe für die vielen heute noch bestehenden Ungerechtigkeiten zu erwirken.

Diese Staaten intervenierten, nachdem der IStGH Israel, den Staat Palästina, Vertreter der Opfer und andere betroffene Einzelpersonen und Organisationen eingeladen hatte, sich in dieser Frage zu äußern. Vor Ablauf der Frist am 16. März wurden dutzende von Eingaben beim Gericht eingereicht.

Die Organisation für Islamische Kooperation, der 57 Mitgliedsstaaten angehören, und die Arabische Liga mit 22 Mitgliedsstaaten intervenierten beim Gericht und unterstützen dessen Gerichtsbarkeit im Westjordanland und im Gazastreifen, ebenso wie mehrere Menschenrechtsorganisationen.

„Umstrittenes Gebiet“?

Amnesty International drückte seine Bestürzung über die Anfechtungen der Gerichtsbarkeit des IStGH durch Drittstaaten aus und wies zwei der zentralen Argumente, die diese in ihren Eingaben vorgebracht hatten, „kategorisch“ zurück, darunter die Behauptung, dass „Palästina nicht als ein Staat innerhalb des Geltungsbereichs und Zwecks des Römischen Statuts betrachtet werden könne“.

Der Staat Palästina trat 2015 dem Römischen Statut bei, was es ihm erlaubte, beim Gericht Klagen wegen Kriegsverbrechen einzureichen. Er trat auch mehreren anderen internationalen Verträgen als Vertragsstaat bei.

Das zweite Argument, das von den Staaten vorgebracht wird, die die Gerichtsbarkeit des Internationalen Gerichtshof anfechten, ist, dass die Grenzen des besetzten palästinensischen Gebiets „umstritten“ seien und der israelisch-palästinensische Konflikt durch einen politischen Prozess gelöst werden müsse und nicht beim IStGH.

Doch wie eine Eingabe im Namen der palästinensischen Opfer feststellt, kann es Fragen geben, die Verhandlungen zwischen Israel und Palästina erforderlich machen, aber Israel bestreite nicht nur die Existenz eines Staates Palästina, sondern auch die Existenz der „besetzten palästinensischen Gebiete“. Dies bedeutet jedoch nicht, so die Eingabe, „dass ein solches Territorium weder existiert noch, dass es innerhalb der internationalen Gemeinschaft kein gemeinsames Verständnis und keine gemeinsame Anerkennung des Umfangs eines solchen Territoriums gibt“.

Fälle von Kriegsverbrechen, die vom IStGH verhandelt werden, werden notwendigerweise einen engen Rahmen haben und würden einen politischen Prozess weder ersetzen noch ausschließen. Bensoudas Bericht über die Schlussfolgerung ihrer vorläufigen Prüfung deutet darauf hin, dass das Gericht kritische Fragen wie die Rechte der palästinensischen Flüchtlinge, die außerhalb des besetzten Westjordanlandes und des

Gazastreifens leben, oder die vielen Gesetze, die Palästinenser mit israelischer Staatsbürgerschaft diskriminieren, nicht behandeln wird.

Verzögerte Gerechtigkeit

Die Entscheidung, eine Voruntersuchung durchzuführen, um die Frage der Gerichtsbarkeit zu klären, wurde von palästinensischen Opfern im Gazastreifen und darüber hinaus, sowie von Menschenrechtsgruppen kritisiert, die der Ansicht sind, dass der Schritt verfahrenstechnisch unnötig sei und das Verfahren nur verzögere.

In der Stellungnahme im Namen der palästinensischen Opfer heißt es, dass die Ermittlungskammer den Antrag der Chefanklägerin „als unnötig und verfrüht“ ablehnen sollte. In der Vorlage wird argumentiert, dass die Behandlung der Frage der Zuständigkeit, bevor ein konkreter Fall vor Gericht gebracht wird, die Gefahr birgt, dass eine rechtliche Angelegenheit in eine politische verwandelt wird.

In der Eingabe des Rechtsvertreters der palästinensischen Seite steht darüberhinaus, dass die Anfechtung der Zulässigkeit oder der Gerichtsbarkeit von Personen zu beantragen ist, die vor dem Gericht angeklagt sind, oder von einem „Staat, der die Gerichtsbarkeit hat, weil er den Fall untersucht oder verfolgt hat“, oder einem „Staat, von dem die Anerkennung der Gerichtsbarkeit verlangt wird“. Mit anderen Worten, kann die Gerichtsbarkeit nicht angefochten werden, bevor eine Anklage erhoben wird - „die Anfechtung muss sich auf einen konkreten ‚Fall‘ und nicht auf eine Situation als Ganzes beziehen“.

Koloniales Erbe und gescheiterte Verhandlungen

In ihrer Vorlage an den Gerichtshof sagen vier palästinensische Menschenrechtsgruppen, dass „Palästina bereits vor dem britischen Mandat als Staat existierte. Die volle Ausübung der Souveränität Palästinas über das Territorium des Mandatsgebiets Palästina blieb infolge von aufeinanderfolgenden militärischen Besatzungen, die mit der britischen Besatzung begann, in einem Schwebestadium.“

Palästina wurde bei der Verabschiedung des Versailler Vertrags 1919 nach dem Zusammenbruch des Osmanischen Reichs als unabhängige Nation behandelt. Doch anstatt „die Souveränität Palästinas wiederzubeleben“, wie die Menschenrechtsorganisationen es ausdrücken, empfahlen die Vereinten Nationen 1947 die Teilung Palästinas in zwei „unabhängige arabische und jüdische Staaten“.

Die britische Herrschaft über Palästina ebnete bereits in den drei Jahrzehnten zuvor den Weg für die zionistische Kolonisierung, die in der Erklärung des Staates Israel am 14. Mai 1948 gipfelte. Vor, während und nach der Erklärung des Staates Israel, wurden hunderttausende Palästinenser aus ihrer Heimat, oder innerhalb des Landes vertrieben. Diese Periode ist als *Nakba* bekannt. 1967 kam dann die gewaltsame israelische Eroberung des Westjordanlandes und des Gazastreifens und die anschließende militärische Besatzung dieser Gebiete dazu.

All dies sind Ungerechtigkeiten, für die bisher noch kein Schadenersatz geleistet wurde. Der Osloer Friedensprozess hin zu einer Zwei-Staaten-Lösung sollte all diese Fragen bis 1999 in Angriff nehmen, scheiterte aber daran, dass Israel „nicht in gutem Glauben handelte, um die Besatzung zu beenden und die Regierungsautorität an die Palästinensische Autonomiebehörde zu übergeben“, stellen die palästinensischen Menschenrechtsgruppen fest. Das Oslo-Abkommen, das Mitte der 1990er Jahre von Israel und der Palästinensischen Befreiungsorganisation unterzeichnet wurden, „sind daher nicht mehr in Anwendung“,

und Rechtsgruppen sind der Ansicht, dass es seit „1999, als keine permanente Lösung erreicht wurde, nicht mehr bindend war“. Das Fehlen einer dauerhaften Regelung war nicht so sehr ein Scheitern des Prozesses selbst, sondern vielmehr das Ergebnis seiner Konzeption, denn es ermöglichte die Konsolidierung eines gravierenden Machtun-gleichgewichts zwischen Israel und den Palästinensern, das wie der Schriftsteller Omar Karmi feststellte, noch durch den unausgewogenen amerikanischen Ansatz ergänzt wurde.

Deshalb ist der Internationale Strafgerichtshof eine der wenigen Möglichkeiten, die den Palästinensern offen stehen, um international Abhilfe für die vielen heute noch bestehenden Ungerechtigkeiten zu erwirken.

Nachdem sie den bewaffneten Widerstand schon lange aufgegeben und den Oslo-Prozess für tot und begraben erklärt hat, sieht die palästinensische Führung, die sich zum Staat Palästina formierte, den IStGH als ein zentrales Mittel, um die Straffreiheit zu durchbrechen, die Israel von seinen internationalen Verbündeten gewährt wird.

Die israelische Menschenrechtsgruppe B'Tselem weist darauf hin, dass „International wurde sehr wenig (wenn überhaupt etwas) getan, um Israel zu einer Änderung seiner Politik zu zwingen. Anstattdessen genießt Israel großzügige finanzielle Vorteile und internationale Legitimität. Nun wettet es gegen die Aussicht, für einige seiner Verbrechen tatsächlich zur Rechenschaft gezogen zu werden.

Und was wäre, wenn Israel und die USA in ihren Bemühungen erfolgreich sein sollten, die Fähigkeit des IStGH zur Ausübung seines unabhängigen Mandats zu untergraben?

Das würde bedeuten, dass das Gericht, das eigentlich dazu bestimmt ist, Opfern Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, ein weiteres internationales Instrument wäre, das in ein Instrument zum Schutz ihrer Täter umgewandelt würde.

Maureen Clare Murphy ist Mitherausgeberin von The Electronic Intifada.

Übersetzung: Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de

Quelle: <https://electronicintifada.net/content/us-and-israel-team-thwart-war-crimes-probes/29906>